

Themenblätter im Unterricht/Nr. 109



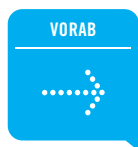
Flüchtlinge

— Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (30 Stück) und Hinweise für den Einsatz im Unterricht

Jetzt mit
Spicker!

Der Bundes-
präsident





Inhalt

Vorab: Zur Autorin, Impressum, Lieferbare Themenblätter im Unterricht

Spicker: Faltanleitung und Spicker „Der Bundespräsident“

Lehrerblatt 01–06: Anmerkungen für die Lehrkraft und Kopiervorlage

Arbeitsblätter: Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (30 Stück) zum Thema „Flüchtlinge“

Hinweise: Weiterführende Literatur und Internetadressen

Rückseite: Fax-Bestellblatt

— Zur Autorin



Nadine Ritzl,
geb. 1983, M.A.
Politikwissenschaft
und Erziehungs-
wissenschaft; seit
2008 als Projekt-
managerin bei der Berghof Foundation
im Programmbereich „Friedenspäda-
gogik und Globales Lernen“ tätig.
Redakteurin des Kinder-Internetportals
www.frieden-fragen.de

Arbeitsschwerpunkte: Friedenspäda-
gogik und Globales Lernen in der
Schule, Kinderfragen zu Krieg und
Frieden, Zivile Konfliktbearbeitung.

Veröffentlichungen bei der bpb:
Thema im Unterricht/Extra: Was heißt
hier Demokratie?; Falter/Aktuell Nr. 1:
Fußballerinnen weltweit

— Impressum

— Herausgeberin: Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86,
53113 Bonn, www.bpb.de
— E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de
(keine Bestellungen!)

— Autorin: Nadine Ritzl
— Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich),
Simone Albrecht

— Gestaltung: Leitwerk, Büro für
Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com
— Titelbild: Aleppo (Syrien), Juli 2012.
Foto: Mehmet Guldaz, picture alliance/abaca
— Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
— Papier: 100 % Recyclingpapier

— Urheberrechte: Text und Illustrationen sind
urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in
Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungs-
frei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert
bezeichneten Fotos, Grafiken und Karikaturen
liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei
den Agenturen.

— Haftungsausschluss: Die bpb ist für den
Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht
verantwortlich.

— Erste Auflage: Oktober 2015,
Bestell-Nr. 5403, ISSN 0944-8357
(siehe Bestellcoupon auf der letzten Seite)

— Zu den Fotos auf Arbeitsblatt A:

A) Kathmandu (Nepal): Exilbürgerinnen
protestieren gegen chinesische Politik —
B) IS-Kämpfer und Jungen in Kunar
(Afghanistan) — **C)** Vertriebene muslimische
Familie in Zentralafrika — **D)** Malaki (Süd-
sudan): einer von 350.000 Flüchtlingen —
E) Eforie (Rumänien): Romafamilie
vor dem Abtransport in ein Container-
dorf — **F)** Damaskus (Syrien) nach einem
Militärangriff

— Lieferbare Themenblätter im Unterricht

- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5360 (neu 2006)
Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler. Bestell-Nr. 5387 (neu 2008)
Nr. 46: Europa in guter Verfassung? Bestell-Nr. 5396
Nr. 48: Politische Streitkultur. Bestell-Nr. 5941
Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie. Bestell-Nr. 5947 (neu 2008)
Nr. 55: Baukultur und Schlossgespenster. Bestell-Nr. 5948
Nr. 63: Akteure in der Politik. Bestell-Nr. 5956 (neu 2009)
Nr. 66: Mitmischen: Neue Partizipationsformen. Bestell-Nr. 5959
Nr. 68: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet. Bestell-Nr. 5961
Nr. 69: Olympialand China. Bestell-Nr. 5962
Nr. 70: US-Präsidentschaftswahl 2008. Bestell-Nr. 5963
Nr. 71: Mobilität und Umwelt. Bestell-Nr. 5964
Nr. 74: Terrorabwehr und Datenschutz. Bestell-Nr. 5967
Nr. 75: Bedrohte Vielfalt – Biodiversität. Bestell-Nr. 5968
Nr. 76: Wasser – für alle!? Bestell-Nr. 5969 (neu 2009)
Nr. 77: Armut – hier und weltweit. Bestell-Nr. 5970 (neu 2010)
Nr. 78: Der Bundestag – Ansichten und Fakten. Bestell-Nr. 5971 (neu 2009)
Nr. 79: Herbst '89 in der DDR. Bestell-Nr. 5972 (neu 2011)
Nr. 81: Demokratie – was ist das? Bestell-Nr. 5974
Nr. 83: Meilensteine der Deutschen Einheit. Bestell-Nr. 5976
Nr. 84: Afghanistan kontrovers. Bestell-Nr. 5977
Nr. 86: Konjunktur – Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Bestell-Nr. 5979 (neu 2013)
Nr. 88: Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Bestell-Nr. 5981 (neu 2013)
Nr. 89: Mitte der Gesellschaft. Bestell-Nr. 5982
Nr. 90: Vorurteile. Bestell-Nr. 5983 (neu 2013)
Nr. 91: Sprache und Politik. Bestell-Nr. 5984
Nr. 92: Wachstum ohne Ende? Bestell-Nr. 5985 (neu 2013)
Nr. 93: Antisemitismus. Bestell-Nr. 5986 (neu 2014)
Nr. 94: Lust auf Lernen? Bestell-Nr. 5987 (neu 2013)
Nr. 95: Medien und Politik. Bestell-Nr. 5988 (neu 2014)
Nr. 96: Gerechter Klimaschutz. Bestell-Nr. 5989 (Restauflage)
Nr. 97: Mobbing in der Schule. Bestell-Nr. 5990 (neu 2014)
Nr. 98: Was denken Nazis? Bestell-Nr. 5991 (neu 2014)
Nr. 99: Bevölkerungsentwicklung und Renten. Bestell-Nr. 5992
Nr. 100: Bildungsgerechtigkeit. Bestell-Nr. 5993
Nr. 101: Frieden und Sicherheit. Bestell-Nr. 5994
Nr. 102: Soziale Gerechtigkeit. Bestell-Nr. 5995
Nr. 103: Mahnmal Erster Weltkrieg. Bestell-Nr. 5996
Nr. 104: Unterschicht = abgehängt? Bestell-Nr. 5997
Nr. 105: Minderheiten und Toleranz. Bestell-Nr. 5998
Nr. 106: Wer hat die Macht in Europa? Bestell-Nr. 5400
Nr. 107: Medien – die „vierte Gewalt“? Bestell-Nr. 5401
Nr. 108: Zivilcourage. Bestell-Nr. 5402
Nr. 109: Flüchtlinge. Bestell-Nr. 5403

— **Tipp:** Eine Liste sämtlicher Ausgaben (auch der vergriffenen) finden Sie im Internet. Jede
Themenblätter-Ausgabe kann dort als Farb- oder Schwarz-Weiß-PDF heruntergeladen werden:
www.bpb.de/themenblaetter

— **Neu:** Verschiedene Wandplakate im DIN-A0-Format fürs Klassenzimmer zu aktuellen
oder zeitgeschichtlichen Themen (kostenlos). Zu bestellen unter: www.bpb.de/falter



— Liebe Lehrerin, lieber Lehrer!

Auf der Rückseite finden Sie ein Muster der Reihe „Spicker Politik“. Alle Ausgaben werden auch unter www.bpb.de/spicker zum Ausdrucken veröffentlicht. Man kann die Seite so falten, dass man ein Büchlein im DIN A7-Format erhält. Die Spicker kann man z.B. in einem Kartei-Kästchen sammeln. Dazu gibt es unter www.bpb.de/spicker ebenfalls eine Faltanleitung.

Bisher sind erschienen: **Spicker Politik**

- Nr. 1: Der Deutsche Bundestag
- Nr. 2: Europäische Union
- Nr. 3: Gesetzgebung
- Nr. 4: 7 aktuelle Fragen an die Politik
- Nr. 5: Verstehen wir uns richtig?
- Nr. 6: Bundestagswahl 2013 kurzgefasst
- Nr. 7: Wie aus Stimmen Sitze werden

- Nr. 8: Das Grundgesetz (GG)
- Nr. 9: Parlamentarische Besonderheiten
- Nr. 10: 7 Vorurteile gegen die Europäische Union (EU)
- Nr. 11: Der Bundespräsident
- Nr. 12: Die Bundesregierung

Spicker aktuell

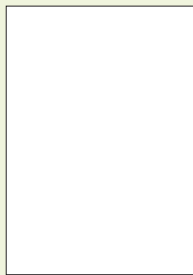
- Nr. 1: Mauerbau: 13. August 1961

Viel Spaß damit!

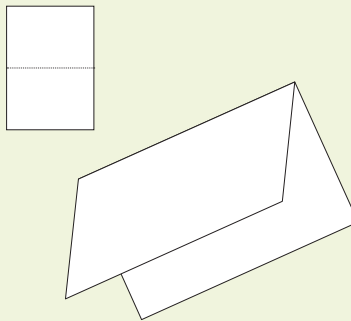
Ihre Redaktion Themenblätter im Unterricht

— Faltanleitung

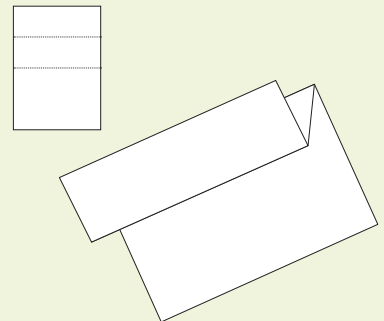
1. Kopiere oder drucke den Spicker auf ein DIN-A4-Blatt aus.



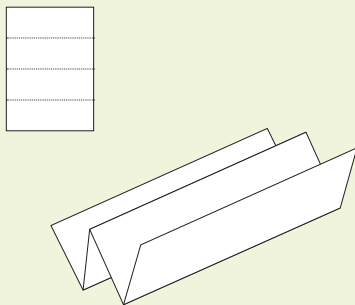
2. Falte das Blatt quer in der Mitte, mit der bedruckten Seite nach außen.



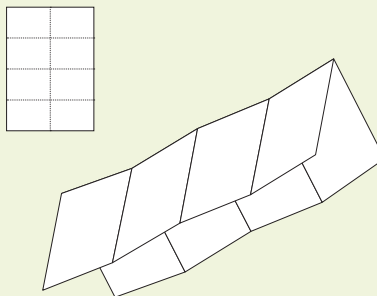
3. Falte den einen Rand zurück bis zur Mittelfalte.



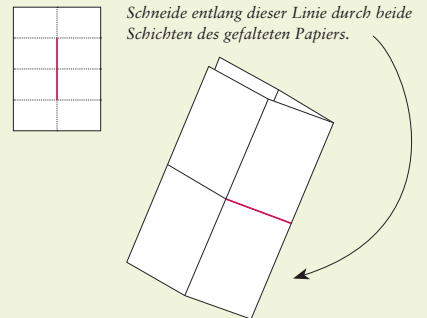
4. Falte den anderen Rand zurück bis zur Mittelfalte.



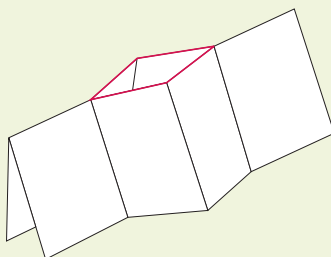
5. Entfalte das Blatt und falte es längs in der Mitte, bedruckte Seite nach außen.



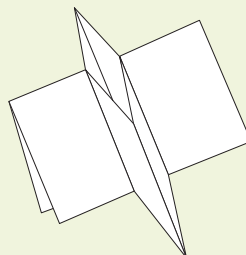
6. Falte es jetzt wieder quer und schneide mit einer Schere entlang der dicken Linie.



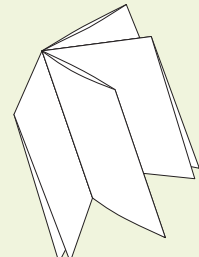
7. Drücke das Blatt von beiden Enden so zusammen, dass die eingeschnittene Mitte auseinandergeht.



8. Drücke jetzt bis zum Anschlag.



9. Falte den Ausdruck jetzt von links so zusammen, dass das Titelblatt oben ist. Jetzt ist es ein Buch!





© Foto: Schloss Bellevue / Bundesbildstelle / Stefan Kugler

— **Streber-Wissen** Seinen ersten Amtssitz hat der P seit 1994 im Berliner Schloss Bellevue nahe des Bundestages. Seinen zweiten Amtssitz hat er in Bonn in der Villa Hammerschmidt.

❗ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs



— **Streber-Wissen** Seit 1949 verweigerten die bisher elf P acht Mal die Unterzeichnung eines Gesetzes, z.B. wegen Verstößen gegen das Grundgesetz. In anderen Fällen unterzeichneten P die Gesetze, betonten aber verfassungsrechtliche Bedenken und stießen eine Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht an.

- Joachim Gauck: Bei einem ökumenischen Gedenkgottesdienst bezeichnete er die Massaker an den Armenen im Osmanischen Reich als „Völkermord“.

— **Spicker Politik Nr. 11:** Der Bundespräsident

— **Hermsjörben: Bundeszentrale für politische Bildung / www.bpb.de / Autorin: Claudia Köhl / Redaktion: Simone Albrecht / Gestaltung: Leturck.com / Redaktionsschluss: Juli 2015**

Der Bundespräsident

— **Mitheden: Der Bundespräsident und die politische Debatte**

Wie stark darf und soll sich der P in die tagesaktuelle Politik einbringen? Diese Frage wird immer wieder diskutiert. Mit öffentlichen Reden, Äußerungen oder Handlungen regeln die bisherigen P immer wieder gesellschaftliche Debatten an:

- Richard von Weizsäcker: In seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes erklärte er, der 8. Mai 1945 sei nicht „ein Tag der Niederlage“, sondern ein „Tag der Befreiung“.
- Johannes Rau: Als erster deutscher P sprach er vor der Knesset, dem israelischen Parlament, und bat das jüdische Volk und Israel um Vergebung für den Holocaust.
- Horst Köhler: Er lehnte 2007 das Gnadenegast.

- RAF-Terroristen Christian Klar ab. Dieser war wegen neunfachen, gemeinschaftlich begangenen Mordes verurteilt.
- Christian Wulff: In seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit erklärte er: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“

- **Streber-Wissen** Bis heute sind drei P zurückgetreten. (1) Heinrich Lübke (1969): nach Beschuldigungen, als Ingenieur im „Dritten Reich“ am Bau von KZ-Baracken mitgewirkt zu haben; (2) Horst Köhler (2010): nach Kritik an einer Äußerung über die Notwendigkeit von Auslandsbundeswehreinheiten; (3) Christian Wulff (2012): nach einer Kredit- und Medienaffäre

Weimarer Republik	Bundesrepublik Deutschland
Direktwahl durch das Volk	Wahl durch Bundesversammlung
Wahl auf sieben Jahre; beliebig häufige Wiederwahl möglich	Wahl auf fünf Jahre; Wiederwahl einmalig möglich
Oberbefehl über die Reichswehr	Kein Oberbefehl über die Streitkräfte
Ernennung / Entlassung von Reichsbeamten und Offizieren	Ernennung / Entlassung von Bundesbeamten, Bundesrichtern, Offizieren, und Unteroffizieren immer mit Gegenzeichnung
Ernennung / Entlassung des Reichskanzlers sowie der Reichsminister	Formelle Mitwirkung bei Regierungsbildung; P schlägt Bundeskanzler, zur Wahl vor, ernannt / entlässt auf Vorschlag des Bundeskanzlers, Bundesminister
Recht zur Auflösung des Reichstages	Auflösung des Bundestages bei im GG genau definierten Fällen (z.B. auf Antrag des Bundeskanzlers, nach gescheiterter Vertrauensfrage)
Recht zum Erlass von Notverordnungen, die auch Grundrechte außer Kraft setzen konnten	Kein Notverordnungsrecht

© Claudia Köhl / Leturck

— **Auf einen Blick: Bundespräsidenten seit 1949**

- | | |
|--------------|------------------------------|
| 1949 – 1959 | Theodor Heuss (FDP) |
| 1959 – 1969 | Heinrich Lübke (CDU) |
| 1969 – 1974 | Gustav Heinemann (SPD) |
| 1974 – 1979 | Walter Scheel (FDP) |
| 1979 – 1984 | Karl Carstens (CDU) |
| 1984 – 1994 | Richard von Weizsäcker (CDU) |
| 1994 – 1999 | Roman Herzog (CDU) |
| 1999 – 2004 | Johannes Rau (SPD) |
| 2004 – 2010 | Horst Köhler (CDU) |
| 2010 – 2012 | Christian Wulff (CDU) |
| 2012 – heute | Joachim Gauck (parteilos) |

— **Vergleich: Weimarer Republik und Bundesrepublik**

- In der Weimarer Republik (1919–1933) verfügte der Reichspräsident über eine herausgehobene Stellung und viele Machtbefugnisse. So berief Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler und erließ Notverordnungen. Dies ebnete den Weg zur Machtgreifung der Nationalsozialisten.
- Nach dem Ende des NS-Regimes schränkte der Verfassungsgeber die Funktionen des P stark ein.

— **Über den Tellerrand**

Staatsoberhaupt ist nicht gleich Präsident. Es hängt vom jeweiligen Regierungssystem ab, wer an der Staatsspitze steht:

- Parlamentarische Monarchie: König (z.B. Königin Elisabeth II. in Großbritannien)
- Parlamentarische Regierungssysteme: Präsident mit hauptsächlich repräsentativen Funktionen (z.B. Joachim Gauck in Deutschland)
- Präsidentielle Regierungssysteme: Präsident mit vielen Machtbefugnissen; er ist Staatsoberhaupt und zugleich Regierungschef (z.B. Barack Obama in den USA)
- Semipräsidentielle Regierungssysteme: Präsident mit vielen Machtbefugnissen, dem ein Ministerpräsident gegenübersteht (z.B. François Hollande in Frankreich)

- Wählbar ist jeder, Deutsche, der, das Wahlrecht zum Bundestag besitzt. Mindestalter: 40 Jahre. Die Wiederwahl ist einmalig möglich. (Art. 54 GG)
- Voraussetzung für eine Wahl: Der P darf weder der Regierung, noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes / Landes angehören, kein anderes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben (Art. 55 GG). Üblicherweise lässt der P eine Parteimitgliedschaft ruhen.
- Zur Amtsenthebung des P kann es nur über eine Amtsenthebungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht kommen. (Art. 61 GG)

— **Rolle im politischen System**

- Der Bundespräsident (P) ist das Staatsoberhaupt Deutschlands. Seine Hauptaufgabe: Er steht für die Einheit des Staates und vertritt die Bundesrepublik in Deutschland und der Welt, z.B. bei öffentlichen Veranstaltungen, Reden, Empfängen oder Staatsbesuchen. Zudem gilt er als Staatsnotar. Ohne seine Unterschrift treten vom Bundestag verabschiedete Gesetze nicht in Kraft.
- Formell sind dem P politische Stellungnahmen nicht verboden. Dennoch: Er hält sich üblicherweise mit Äußerungen zu tagesaktuellen Themen zurück. Es wird von ihm politische Neutralität erwartet.
- Jeder P hat bis heute sein Amt je nach Persönlichkeit ganz unterschiedlich geprägt.

— **Politische Reserviefunktionen**

In Krisensituationen des Regierungssystems kommt dem P eine politische Reserviefunktion zu. Seine Rolle: Er entscheidet über Neuwahlen.

- Bei fehlender parlamentarischer Mehrheit: Bundestag wählt Kanzler mit relativer Mehrheit (nicht mit absoluter); P kann den Bundeskanzler innerhalb von sieben Tagen ernennen oder den Bundestag für eine Neuwahl auflösen lassen (Art. 63 (4) GG)
- Bei einer Vertrauensfrage: Bundeskanzler stellt Bundesvertrauensfrage, erhält keine Mehrheit und kann nun den P die Auflösung des Parlaments vorschlagen; P kann den Vorschlag ablehnen oder ihm binnen 21 Tagen folgen (Art. 68 GG); sollte sich der P für einen Minderheitskanzler entscheiden, kann auf Antrag der Regierung der Gesetzgebungsnotstand erklärt werden (Art. 81 GG)
- Der P wird für fünf Jahre von der Bundesversammlung gewählt. Diese setzt sich aus allen Mitgliedern des Bundestages zusammen sowie aus der gleichen Anzahl an Mitgliedern von den Landtagen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Bundesversammlung kommt ausschließlich zur Wahl des P zusammen. (Art. 54 GG)
- Im ersten oder zweiten Wahlgang ist die absolute Mehrheit (mehr als die Hälfte aller Stimmen) erforderlich, im dritten Wahlgang reicht die relative Mehrheit (die meisten Stimmen).

— **Wahl**

— **Wichtigste Aufgaben**

- Völkerrechtliche Vertretung des Bundes: P unterzeichnet Verträge mit ausländischen Staaten; beglaubigt / empfängt diplomatische Vertreter (Art. 59 (1) GG)
- Mitwirkung an der Regierungsbildung: schlägt Bundeskanzler zur Wahl vor (Art. 63 GG); ernannt / entlässt Bundesminister (Art. 63 und 67 GG); ernennt / entlässt Bundesminister (Art. 64 GG); löst Bundestag auf (Art. 63 (4) und 68 GG; s.u. „Politische Reserviefunktionen“)
- Mitwirkung an der Gesetzgebung: unterzeichnet und verkündet vom Bundestag beschlossene Gesetze nach Gegenzeichnung durch zuständige Regierungsmitglieder (Art. 82 GG); darf Gesetzesaufarbeitung nur aus Rechtsgründen verweigern; und Bundesrichtern: Gegenzeichnung durch zuständige Regierungsmitglieder nötig (Art. 60 (1) GG)
- Begnadigungsrecht für den Bund: Möglichkeit des Straferlasses im Einzelfall (Art. 60 (2) GG)
- Ordensrecht des Bundes: verleiht Orden und Ehrenzeichen an verdiente Persönlichkeiten, z.B. den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland

Flüchtlinge

„Alle vier Sekunden ist ein Mensch gezwungen zu fliehen,
seine Heimat und sein Zuhause zurückzulassen.“ UNHCR

Weltweit befinden sich knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht oder leben in einer „flüchtlingsähnlichen“ Situation – mehr als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Das schätzt der UNHCR, das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen. Weiter ist beim UNHCR zu lesen, „wenn alle Menschen, die sich auf der Flucht befinden und vertrieben wurden, eine Nation bilden würden, wären sie auf Platz 24 weltweit“.

80 bis 85 % der Flüchtlinge bleiben im selben Land oder in der Herkunftsregion. Solche Menschen nennt man Binnenvertriebene. 2014 galten geschätzte 38,2 Millionen Menschen als binnenvertrieben. Flüchtlinge, die in anderen Ländern Schutz suchen, leben weit überwiegend außerhalb Europas. „Neun von zehn Flüchtlingen (86 %) leben in Entwicklungsländern, da die meisten Flüchtlinge in ein angrenzendes Nachbarland fliehen.“ UNHCR

— Ziel dieser Ausgabe:

Die wachsende Zahl von Flüchtlingen in Deutschland verändert das Zusammenleben in Schulen und Gemeinden und wird in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Hier setzt diese Ausgabe der Themenblätter im Unterricht an: Sie gibt Schülern die Möglichkeit, sich mit Fluchtbewegungen und der Aufnahme von Flüchtlingen in unterschiedlichen Ländern und Weltregionen auseinanderzusetzen, Flüchtlingsströme weltweit auf mögliche Ursachen hin zu überprüfen, Diskurse zur europäischen Flüchtlingspolitik zu analysieren und abschließend das

♂ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

Thema mit ihrer eigenen Lebenswelt zu verknüpfen. Im Frühjahr 2016 soll zur Ergänzung eine Ausgabe der Themenblätter im Unterricht zu „Asyl in Deutschland“ erscheinen.

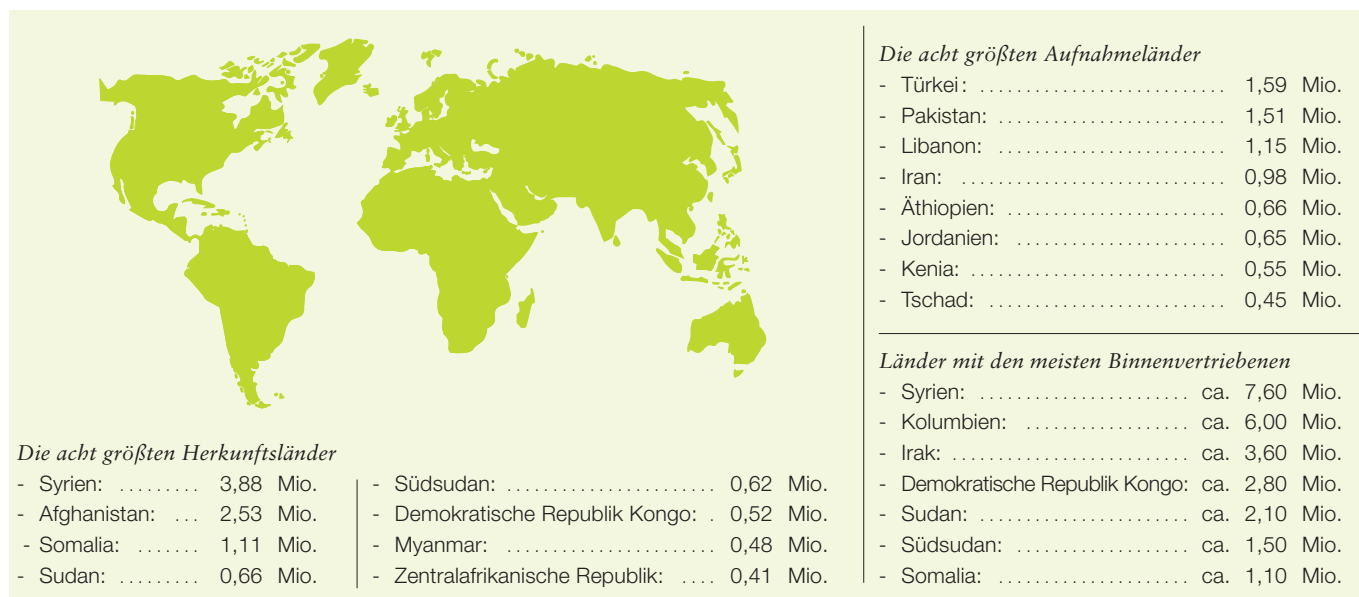
Flucht nach Europa

2014 wurden in der gesamten EU rund eine halbe Million Asylansträge gestellt. Innerhalb der EU stellen die meisten Flüchtlinge ihren Erstantrag auf Asyl in Deutschland. 2014 waren dies 172.945. Deutschland nimmt in absoluten Zahlen zwar die meisten Flüchtlinge auf, nicht aber in Bezug zur Einwohnerzahl. Schweden, Dänemark oder die Schweiz nehmen deutlich mehr Asylbewerber pro Einwohner auf als Deutschland.

2014 kamen 44 % mehr Asylsuchende nach Europa als im Jahr davor. Trotzdem ging in Frankreich beispielsweise die Zahl der Asylbewerber sogar um ein Prozent zurück. In Deutschland hingegen wurden 59 % mehr Anträge gestellt, in Italien sogar 154 %. Für 2015 erwartet die Bundesregierung 800.000 Asylbewerber. Eine Grafik zum Thema „Asylbewerber in Europa“ findet sich auf *Lehrerblatt 05*.

— Quellen: UNHCR, www.unhcr.de,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, www.bamf.de

— Flüchtlingszahlen weltweit 2014



— Quelle: UNHCR (alle Zahlen bis Ende 2014), © Leitwerk

Hinweise zum Einsatz der Arbeitsblätter und der Kopiervorlage

Die beiden Arbeitsblätter geben Schülern die Möglichkeit, sich in unterschiedlicher Weise mit aktuellen Debatten und Diskussionen zum Thema „Flüchtlingspolitik“ auseinanderzusetzen. Bei *Arbeitsblatt A* geht es um Fluchtursachen und Grundzüge der EU-Flüchtlingspolitik. Das *Arbeitsblatt B* gibt die Möglichkeit, die eigene Haltung zu hinterfragen. Auf den Lehrerblättern sind weitreichende Hintergrundinformationen enthalten, die eine Einführung und Einordnung in das Thema erleichtern. Auf der *Kopiervorlage 01* werden wichtige Begriffe in einem Glossar erläutert.

1 Warum fliehen Menschen?

„Müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie dort wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Art zu leben oder ihrer politischen Meinung bedroht werden, sind sie politische Flüchtlinge. Sie alle haben das Recht, so lange in einem anderen Land zu leben, bis sie in ihre Heimat zurückkehren können.“ *Pro Asyl*

Menschen verlassen ihre Heimat aus unterschiedlichsten Gründen: Krieg, Verfolgung, Naturkatastrophen oder auch der Wunsch nach einem besseren Leben. Aus völkerrechtlicher Sicht muss man jedoch zwischen jenen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten und jenen, die „freiwillig“ in ein anderes Land reisen, unterscheiden.

Mit Hilfe des Asylverfahrens wird festgestellt, wer Flüchtling ist. Nationale Asylverfahren entscheiden, welche Asylbewerber internationalen Schutz bekommen und damit als Flüchtlinge gelten. Der *UNHCR* berät und überwacht die Asylbehörden, um gemäß seinem Mandat das Flüchtlingsrecht zu fördern, Flüchtlinge zu schützen und die Umsetzung der *Genfer Flüchtlingskonvention* von 1951 zu sichern. Die *Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)* von 1951 erkennt als legitime Fluchtursachen die wohlbegründete Furcht vor Verfolgung auf Grund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen politischer Überzeugung an.

— Gründe für Flucht und Auswanderung



— Quelle: Braun/Topan 1998, zitiert nach www.bamf.de, © Leitwerk

Braun/Topan liefern eine Weiterentwicklung des klassischen Ansatzes von Lee. Sie diversifizieren die Faktoren in den Herkunfts- und Zielgebieten.



Über ein halbes Jahrhundert später sind neben den zuvor genannten „legitimen Fluchtursachen“ zahlreiche weitere Gründe getreten, die jährlich mehrere hunderttausend Menschen zwingen, ihre Heimatländer zu verlassen. Dazu zählen Konflikte und allgemeine Gewaltsituationen wie Bürgerkriege, aber auch Naturkatastrophen, Klimawandel oder Hunger.

Die GFK, das wichtigste Instrument des internationalen Flüchtlingsrechts, bezieht sich jedoch nicht explizit auf Menschen, die deshalb fliehen. Als die internationale Gemeinschaft die GFK verabschiedete, hatte sie die Fluchtbewegungen im Zuge des Zweiten Weltkriegs im Blick. Damals waren weder Klimawandel noch Bürgerkriege relevante Fluchtursachen.

Unterschiedliche Rechtslage

Verschiedene neuere regionale Instrumente, wie die *Konvention der Organisation für Afrikanische Einheit (Organisation of African Unity, OAU)* von 1969 erkennen Konflikte und allgemeine Gewaltsituationen explizit als legitime Fluchtgründe an. Auch die internationale Praxis passt sich zum Teil den veränderten Bedingungen an. So vertritt das *Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR)* den Standpunkt, dass Personen, die aus diesen Gründen fliehen und deren Staat sie nicht schützen kann oder will, als Flüchtlinge anzusehen sind. Einige Staaten wie z. B. Deutschland gewähren Personen, die weder die Kriterien der Flüchtlingsdefinition erfüllen noch Schutz durch das Asylrecht genießen, sogenannten subsidiären Schutz. Es gibt jedoch auch Länder, die die Definition sehr eng auslegen. Das heißt, Menschen, die vor Kriegsgeschehen fliehen oder Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure wie Rebellen fürchten, erhalten keinen Flüchtlingsstatus. In Fachkreisen wird heute kontrovers diskutiert, ob die GFK noch zeitgemäß ist.

— *Quellen:* GFK und www.unhcr.ch/service/fragen-antworten/fluechtling.html

2 Woher kommen die Flüchtlinge?

Aktuelle Zahlen zu Asyl – Tabellen, Diagramme, Erläuterungen siehe hier: www.bamf.de > Suche: Aktuelle Zahlen > „Aktuelle Zahlen zu Asyl“.

„Auf der Suche nach Schutz in einem anderen Land müssen Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in Kauf nehmen. Weil sie ihre Heimat überstürzt verlassen mussten oder die entsprechenden Behörden im Land fehlen, haben Flüchtlinge oft keine Reisedokumente bei sich. Deshalb bleibt ihnen meist keine andere Möglichkeit, als sich skrupellosen Schleppern anzuvertrauen, die sie über die Grenze bringen. Viele bezahlen für die Reise in eine bessere Zukunft nicht nur viel Geld, sondern auch mit ihrem Leben.“ *UNHCR*

3 EU-Flüchtlingspolitik

Siehe hierzu auch das Glossar auf Kopiervorlage 01.

— Zehn-Punkte-Plan der EU

Nach den jüngsten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer wurde die EU aufgefordert, sich mit dem Thema „Flüchtlinge“ dringend auseinanderzusetzen. Ein **Zehn-Punkte-Plan** der EU-Kommission schlägt Folgendes vor:

1. Mehr Seenothilfe: Die Grenzüberwachungsprojekte „*Triton*“ und „*Poseidon*“ sollen mehr Geld bekommen. Zudem könnte das Gebiet, auf dem die Schiffe unterwegs sind, vergrößert werden.
2. Vernichtung von Schleuser-Booten: Die Boote von Schleusern sollen beschlagnahmt und zerstört werden.
3. Zusammenarbeit: Die Polizeibehörde *Europol*, die Grenzschutzagentur *Frontex* und die Justizbehörde *Eurojust* sollen stärker bei ihren Ermittlungen gegen Schleuser zusammenarbeiten.
4. Bearbeitung von Asylanträgen: Das *Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)* soll Teams in Italien und Griechenland bereitstellen, um Asylanträge schnell zu bearbeiten.
5. Fingerabdrücke: Die EU-Staaten sollen sicherstellen, dass alle Flüchtlinge mit Fingerabdrücken erfasst werden.
6. Notfälle: Es sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, ob Flüchtlinge im Notfall über ein Sonderverfahren verteilt werden können.
7. Pilotprojekt: Angedacht ist ein EU-weites, freiwilliges Pilotprojekt zur Verteilung von Flüchtlingen. In einem ersten Schritt könnte es 5.000 Plätze für schutzbedürftige Personen geben.
8. Schnelle Abschiebung: Ein neues Programm unter der Koordination von *Frontex* soll dafür sorgen, dass illegale Einwanderer zügig wieder in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.
9. Libyen und nordafrikanische Nachbarn: Die Kommission schlägt eine Zusammenarbeit mit Ländern rund um Libyen vor – der Staat gilt nämlich als wichtigstes Transitland für Bootsflüchtlinge.
10. Verbindungsbeamte: In wichtigen Drittstaaten könnten sogenannte Verbindungsbeamte für Immigrationsfragen eingesetzt werden, die zum Beispiel Informationen zu Flüchtlingsbewegungen sammeln.

— *Quelle:* www.tagesschau.de, Wortlaut unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4813_de.htm

— Europäisches Asylsystem:

Eine Presseschau

*Heribert Prantl,
Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung,
April 2015*

„Die EU muss legale Einreisewege schaffen. Die EU muss die Visumpflicht für gewisse Zeit aufheben. Die EU muss Asylanträge schon in den Herkunftsländern entgegennehmen. Flüchtlinge aus den Höllenstaaten müssen in EU-Staaten angesiedelt werden. Die EU ist Träger des Friedensnobelpreises. Einer EU, die dem Sterben zuschaut, sollte der Preis wieder weggenommen werden.“

*Angela Merkel,
Bundeskanzlerin, November 2014*

„Es ist vielleicht noch weniger christlich, wenn wir zu viele aufnehmen und dann keinen Platz mehr finden für die, die wirklich verfolgt sind.“

*Hugo Müller-Vogg,
freier Journalist, April 2015*

„Mit jeder Rettung eines Flüchtlings vor dem Ertrinken wird das ‚Geschäftsmodell‘ der kriminellen Schleuser stabilisiert und mit dem Geld der Steuerzahler eine schmutzige Milliarden-schwere Branche subventioniert. Denn diese Menschenhändler, die Schutzsuchende auf seeuntauglichen Schiffen auf die Reise schicken, können dies nur tun, weil sie die Rettungsmaßnahmen der Europäer kühl einkalkulieren. Je mehr Flüchtlinge gerettet werden, umso besser fürs Geschäft.“

*Europäischer Rat,
Oktober 1999*

„Es stünde im Widerspruch zu den Traditionen Europas, wenn diese Freiheit den Menschen verweigert würde, die wegen ihrer Lebensumstände aus berechtigten Gründen in unser Gebiet einreisen wollen.“

*Christoph Strässer,
Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung,
April 2015*

„[...] es gibt diese zwei Dinge: Erstens mittel- und langfristig die Lebensumstände in den Herkunftsländern positiv zu beeinflussen. Aber solange das nicht funktioniert, müssen wir dafür sorgen, dass diese Menschen nicht im Mittelmeer sterben.“

Aktuell (Juni 2015): Quotenregel

„Auf europäischer Ebene wird derzeit über ein Quotenmodell nachgedacht - Flüchtlinge würden dann nach Faktoren wie Wirtschaftskraft, Bevölkerungszahl und Arbeitslosenquote auf die einzelnen europäischen Länder verteilt. Insbesondere Italien und Griechenland hoffen dabei auf Entlastung, denn nach den geltenden Dublin-Regeln müssen die Länder das Asylgesuch bearbeiten, in dem der Flüchtling erstmals die EU betreten hat. Und da die meisten Flüchtlinge über das Mittelmeer ankommen, sind die beiden Länder besonders betroffen. Mit Hilfe eines Schlüssels sollen Flüchtlinge und Asylbewerber den Mitglieds-ländern zugewiesen werden. Dieser Vorschlag stößt bei einigen EU-Staaten auf Widerstand.“

Beim EU-Gipfel im Juni 2015 wurde eine verbindliche Quote abgelehnt. So werden in Zukunft die Flüchtlinge zwar auf die 28 EU-Mitgliedsstaaten verteilt, allerdings auf freiwilliger Basis. Besonders die osteuropäischen Staaten hatten sich gegen die Quote gewehrt.“ [ZEITonline vom 26. Juni 2015](#)



Zum Arbeitsblatt B

Fakten zur Diskussion:

- Humanitäre Aspekte / Asylrecht / Historische Erfahrungen
 - Deutschland ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt.
 - Deutschland hat 2014 0,4% der weltweiten Flüchtlinge aufgenommen.
 - Drei Viertel aller Asylverfahren in der EU werden in Deutschland, Schweden, Italien, Frankreich und Großbritannien durchgeführt.
 - 2015 wird nach aktuellen Prognosen (August 2015) in Deutschland ein Asylbewerber pro hundert Einwohner gezählt werden.
 - Pro Bundesbürger entfallen rechnerisch rund 20 Euro für alle Asylbewerber im Jahr.
 - Demografischer Wandel (Überalterung) / Chance für die Wirtschaft:
- „Deutschland hat nur als Zuwanderungsland eine Chance, wirtschaftlich weiterhin erfolgreich zu sein“, sagt der Direktor des *Instituts für die Zukunft der Arbeit (IZA)*, Klaus Zimmermann. [DIE WELT Online vom 5. Januar 2014, \[www.diewelt.de\]\(http://www.diewelt.de\)](#)
- [Suche: „Warum Einwanderer ein Segen für Deutschland sind“](#)
- „Deutschland stehe vor einer großen Herausforderung“, sagte der Innenminister. „Wir sind alle gefordert, aber Deutschland ist nicht überfordert. Wir kriegen das hin.“ [heute-Nachrichten vom 19. August 2015, \[www.heute.de\]\(http://www.heute.de\)](#)

Wer wird als Flüchtling anerkannt?

Nach § 3 Abs. 1 AsylVfG wird ein Ausländer als Flüchtling anerkannt, wenn er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb seines Herkunftslandes befindet, dessen Schutz nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht nicht in Anspruch nehmen will.

Nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland genießen politisch Verfolgte Asyl. Das Asylrecht wird in Deutschland nicht nur – wie in vielen anderen Staaten – auf Grund der völkerrechtlichen Verpflichtung

aus der *Genfer Flüchtlingskonvention* (GFK) von 1951 gewährt, sondern hat als Grundrecht Verfassungsrang. Es ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht.

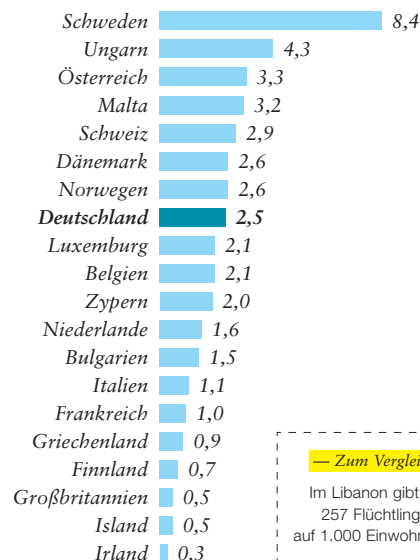
Berücksichtigt wird grundsätzlich nur staatliche Verfolgung, also Verfolgung, die vom Staat ausgeht. Ausnahmen gelten, wenn die nichtstaatliche Verfolgung dem Staat zuzurechnen ist oder der nichtstaatliche Verfolger selbst an die Stelle des Staates getreten ist (quasistaatliche Verfolgung). Allgemeine Notsituationen wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Perspektivlosigkeit sind damit als Gründe für eine Asylgewährung grundsätzlich ausgeschlossen. Hier kommt unter Umständen die Gewährung von subsidiärem Schutz in Betracht.

Auf subsidiären Schutz kann ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser Anspruch haben, dem weder durch die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft noch durch das Asylrecht Schutz gewährt werden kann. Er wird als subsidiär Schutzberechtigter anerkannt, wenn er stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass ihm in seinem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht. Als ernsthafter Schaden gilt: die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.

— *Siehe auch:* Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, www.bamf.de > Migration nach Deutschland > Asyl und Flüchtlingsschutz

— Asylbewerber in Europa

je 1.000 Einwohner im Jahr 2014



— Weitere Länder: 0,2 = Polen, Slowenien, Lettland, Litauen / 0,1 = Tschechien, Estland, Spanien, Kroatien, Slowakei, Rumänien / 0,0 = Portugal

— Quelle: www.bamf.de (Das Bundesamt in Zahlen 2014, S. 30); Zahlen: Eurostat 2014, © Leitwerk

— Flüchtlingspolitik in Deutschland

Thomas de Maizière,
Bundesinnenminister, Oktober 2014

„Wer als politisch Verfolgter in Deutschland Schutz sucht, wird Schutz erhalten. Richtig ist aber auch, dass Deutschland mit Abstand die meisten Asylbewerber im EU-Vergleich hat. Wir müssen zwei Gruppen unterscheiden: Einerseits Bürgerkriegsflüchtlinge und Menschen, die aus religiösen oder politischen Gründen verfolgt werden – denen wollen und müssen wir helfen. Andererseits Armutsflüchtlinge. Die können wir selbst als reiches Land nicht alle aufnehmen. Das würde die Integrationsbereitschaft der Menschen hier überfordern und es wäre auch nicht richtig. Man kann wirtschaftliche Probleme nicht durch den Export von Menschen, sondern durch einen Beitrag zur Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern lösen.“

Pro Asyl

„Deutschland zählt rund 80 Millionen Einwohner und ist ein großes Land. Wenn im Laufe eines Jahres mehrere hundert Schutzsuchen-

de in einer Stadt ankommen, die eine Unterkunft brauchen, kann das eine Herausforderung sein, aber es ist kein Grund zur Panik. Mit vernünftiger Planung könnten wir viel mehr Menschen aufnehmen.“

Joachim Gauck,
Bundespräsident, Juni 2014

„Tun wir alles, was wir tun könnten?“ Eine Antwort liegt – nach den genannten Zahlen – nahe: Wir, das heißt Deutschland und auch Europa, tun viel. Aber nicht so viel, wie es selbst manchmal scheint. Nun hat sich Politik leider nie allein am humanitär Gebotenen zu messen, sondern immer auch am politisch Machbaren. In diesem Satz steckt so etwas wie eine doppelte Abgrenzung: Abgrenzung gegenüber denen, die wünschen, wir sollten unsere Tore weit aufmachen für alle Müssigen und Beladenen. Aber auch gegenüber denen, die meinen, die Grenze des Machbaren sei doch längst erreicht und wir müssten uns noch viel besser abschnitten, als wir es bisher getan haben.

Insgesamt geht es meines Erachtens darum, die Verfahren für die Flüchtlinge gerechter und effektiver zu gestalten. Schnellere Prüfungen, wie sie im Koalitionsvertrag verabredet wurden, bringen, wenn sie fair bleiben, allen Seiten schneller Klarheit. Zu einer effektiveren Flüchtlingspolitik gehört aber auch, dass wir diejenigen auf humane Weise zurückweisen, die nach den gültigen Kriterien keine Fluchtgründe haben, die zur Aufnahme, jedenfalls bei uns in der Bundesrepublik, berechtigen würden.

Grundsätzlich sollten wir überlegen, wie mehr Durchlässigkeit zwischen den Zugangswegen „Asyl“ und „Arbeitsmigration“ geschaffen werden kann. Denn wer einmal vergeblich um Asyl gebeten hat, wird kaum noch durch ein anderes Tor Einlass finden, auch wenn er oder sie Qualifikationen hat, die hierzulande durchaus gebraucht werden. Viele der Flüchtlinge, die es bis nach Deutschland geschafft haben, sind hochmobil, flexibel, mehrsprachig, leistungs- und risikobereit.“

Glossar

Asyl

Zufluchtsort, von dem man nicht gewaltsam weggeholt wird. Das Grundgesetz gewährt politischen Flüchtlingen Asyl (Art. 16 a GG), wenn eine Prüfung ergibt, dass der Asylsuchende politisch verfolgt wird und deshalb seine Heimat verlassen musste. [bpb](#)

Asylbewerber*in

Person, die in einem fremden Land um Asyl, also Aufnahme und um Schutz vor Verfolgung bittet, und deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. [UNHCR](#)

Anerkannte Flüchtlinge erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre und auch eine Arbeitserlaubnis. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kann in dieser Zeit die Schutzberechtigung widerrufen, etwa wenn dem Flüchtling im Heimatland keine Verfolgung mehr droht. Wird der Schutzstatus nicht widerrufen, kann ihm nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis gewährt werden. Diese kann nicht widerrufen werden. [rbb](#)

Asylverfahren

Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Antrag auf Asyl. Dort werden die Personalien aufgenommen und der Flüchtling erhält eine Aufenthaltsgestattung. Das BAMF nimmt den Asylantrag auf und der Asylbewerber*in erhält einen Termin zu einer sogenannten Anhörung, wo er*in die Gründe für die Flucht aus der Heimat vorträgt. Dann wird darüber entschieden, ob (...) Asyl gewährt wird. Dieser Prozess kann viele Monate – teilweise sogar Jahre – dauern. [rbb](#)

Bleiberecht

In Deutschland wird Ausländern*in, die seit Jahren hier leben, ein Bleiberecht gewährt, wenn sie nachweisen können, dass sie sich durch eigene Arbeit ernähren. [bpb](#)

Boat-People

Flüchtlinge, die oft nur mit behelfsmäßigen und überfüllten Booten das Meer überqueren, um in ein anderes Land zu fliehen. [N.R.](#)

Dublin-Verfahren

Das Dublin-Verfahren regelt anhand diverser Kriterien, welcher EU-Mitgliedstaat – normalerweise das Land der so genannten Ersteinreise – für das Asylverfahren verantwortlich ist.

— Verordnungstext im Original: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0031:0059:DE:PDF>

Geduldeter*in / Duldung

Eine Duldung erhalten Menschen, die grundsätzlich Deutschland verlassen müssen, deren Ausreise oder Abschiebung jedoch zurzeit nicht möglich ist. Mögliche Gründe: Verlust des Passes, Reiseunfähigkeit wegen einer Erkrankung, instabile politische Verhältnisse im Zielland oder eine fehlende Verkehrsverbindung in ein vom Krieg zerstörtes Land. Manche Menschen leben über Jahrzehnte in Duldung d.h. in großer Ungewissheit darüber, wann sie Deutschland tatsächlich verlassen müssen. Nur selten folgt einer Duldung eine Aufenthaltserlaubnis. [Pro Asyl](#)

Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)

Das GEAS legt europaweit geltende Kriterien fest, wann jemand als verfolgt oder schutzberechtigt gilt. Für die soziale Versorgung (Unterkunft, Verpflegung etc.) gelten gewisse Mindeststandards. Allerdings legen verschiedene Länder diese Verordnung unterschiedlich aus, wodurch es weiterhin zu enormen Abweichungen in der Behandlung von Flüchtlingen kommt.

— Volltext: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/docs/ceas-fact-sheets/ceas_factsheet_de.pdf

Genfer Flüchtlingskonvention

Mehr als 140 Staaten haben sie unterschrieben und sich damit dazu verpflichtet, Flüchtlinge in ihrem Land aufzunehmen.

— Quelle: www.unhcr.de/mandat/genfer-fluechtlingskonvention.html

Flüchtling

Ein Flüchtling ist eine Person, die „...aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“ [Genfer Flüchtlingskonvention von 1951](#)

Frontex

Grenzschutzagentur der Europäischen Union, die dazu beitragen soll, die Außengrenzen der EU zu schützen.

— Weitere Informationen: www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/179679/frontex-fragen-und-antworten

*in steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

Kirchenasyl

Das Kirchenasyl gilt als letzter, legitimer Versuch einer Kirchengemeinde, Flüchtlingen durch zeitlich befristete Schutzgewährung beizustehen, um auf eine erneute sorgfältige Überprüfung ihres staatlich garantierten Schutzanspruches hinzuwirken. Die betroffenen Menschen werden in Kirchen oder anderen kirchlichen Räumen aufgenommen und dort betreut. www.kirchenasyl.de

Mare Nostrum

Italienische humanitäre Militär- und Seenotrettungsoperation zur Rettung von Bootsflüchtlingen vor der italienischen Küste. Ende 2014 wurde sie eingestellt. Aktuell wird über eine Neuaufgabe diskutiert. [N.R.](#)

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

Als UMF werden Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahren) bezeichnet, die ohne Eltern oder andere sorgeberechtigte Erwachsene flüchten mussten. [UNHCR](#)

Schlepper/Schleuser

Schlepper sind Personen, die wissentlich und meistens für Geld Menschen ohne gültige Reisedokumente bei der Ein- oder Durchreise in andere Länder helfen, weil sie diese nicht auf legalem Weg erreichen können. Um von Schleppern über die Grenzen geschmuggelt zu werden, bezahlen die meisten viel Geld und nicht wenige auch mit ihrem Leben.

[UNHCR](#)

Subsidiärer Schutz

Subsidiärer Schutz wird beispielsweise gewährt, wenn einer Person Folter oder unmenschliche Behandlung, die Todesstrafe oder eine konkrete Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit drohen, etwa infolge willkürlicher Gewalt in einem bewaffneten Konflikt oder aufgrund einer im Herkunftsland nicht behandelbaren schweren Krankheit. [rbb](#)

Willkommenskultur

Haltung der Offenheit gegenüber Migranten*in, die auf Teilhabe und Inklusion zielt: Sie umfasst individuelle, organisatorische und gesamtgesellschaftliche Aspekte und manifestiert sich in bestimmten Regelungen und Praktiken.

[Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2014](#)



Flüchtlinge weltweit

„Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge“: Leichter gesagt als getan?

1 Warum fliehen Menschen?

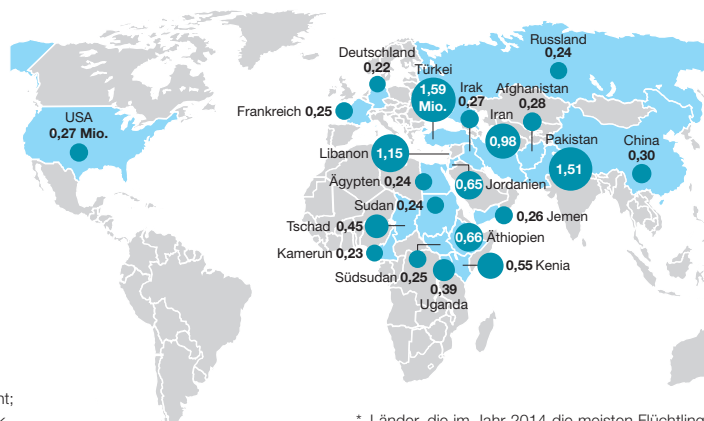
♂ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

- ➔ 1. **Bildbetrachtung:** Notiert, welche Fluchtursachen auf den Fotos gezeigt werden.
- ➔ 2. **Rollenspiel:** Eine Flucht aus der Heimat ist immer eine Entscheidung in einer Notlage. Bildet Zweiergruppen: Eine Person übernimmt die Rolle des Familienvaters, der das Land verlassen will, weil er sich um seine Familie sorgt. Die andere Person spielt die Mutter, die ihre Heimat nicht verlassen will. Notiert euch im ersten Schritt Argumente für eure jeweilige Rolle und führt anschließend das Streitgespräch. Überlegt am Ende: Wie würde sich die Familie entscheiden?

2 Woher kommen die Flüchtlinge?

- ➔ 1. **Analyse:** Die Karte zeigt die Länder, die im Jahr 2014 die meisten Flüchtlinge aufnahmen. Betrachtet sie zu zweit: Was fällt euch auf? Was überrascht euch?
- ➔ 2. **Internetrecherche:** Recherchiert anschließend in Kleingruppen mögliche Fluchtursachen in den jeweiligen Herkunftsländern.

— Flüchtlinge weltweit 2014 (in Millionen) *



— Quelle: UN-Flüchtlingsbericht;
nach Globus 10380; © Leitwerk

* Länder, die im Jahr 2014 die meisten Flüchtlinge aufnahmen

3 EU-Flüchtlingspolitik

- ➔ 1. **Hausaufgabe/Referat/Plakat:** Teilt die Klasse in fünf Gruppen.
 - a) Jede Gruppe referiert zu einem Thema: Genfer Flüchtlingskonvention / Dublin-Verfahren / Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) / „Free-Choice“-Modell / Frontex
 - b) Erstellt ein Plakat/eine Wandzeitung zu „eurem“ Thema mit den 10 wichtigsten Punkten und stellt eure Ergebnisse der Klasse vor.

- ➔ 2. **Pro und Contra-Debatte:** Diskutiert anschließend Folgendes:

Seit einigen Jahren gibt es bereits die Idee zentraler Aufnahmelager, so genannte „Willkommenszentren“ (v.a. in Nordafrika), in welchen Flüchtlinge Asylanträge stellen können, die von europäischen Richtern geprüft werden. Pro: Dies soll zum einen das Geschäft der Schlepper und die illegale Einreise von Flüchtlingen nach Europa eindämmen. Außerdem sollen damit die Abschiebungen aus europäischen Staaten in die Heimatländer verringert werden. Contra: Die Kritik daran bezieht sich vor allem auf die Instabilität der Länder vor Ort. Auch könne dadurch illegale Einreise nicht gestoppt werden, weil die Verfahren evtl. nicht erfolgreich sind oder zu lange dauern.





Ist das Boot voll?

„Tun wir alles, was wir tun könnten? (...) Wir, das heißt Deutschland und auch Europa, tun viel. Aber nicht so viel, wie es selbst manchmal scheint.“
Bundespräsident Joachim Gauck

4 Könnten und sollten wir alle aufnehmen, die kommen wollen?

„Nun hat sich Politik leider nie allein am humanitär Gebotenen zu messen, sondern immer auch am politisch Machbaren.“

Bundespräsident Joachim Gauck

„Alle aufzunehmen, die kommen wollen, übersteigt Deutschlands Ressourcen: Nicht nur die finanziellen Ressourcen, sondern insbesondere auch die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft.“

„Durch die Flucht ihrer Bürger verlieren die Heimatländer Fach- und Arbeitskräfte, die wichtig für die Zivilgesellschaft und Sicherung der Infrastruktur in Kriegszeiten und vor allem für den Aufbau des Friedens nach Kriegsende sind.“

„Derzeit wird ein Großteil der Integration von Ehrenamtlichen vor Ort übernommen. Wenn nicht ausreichend Geld vorhanden ist, um den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben in Deutschland zu ermöglichen, können wir nicht so viele aufnehmen.“

„Man darf Flüchtlinge nicht kategorisieren und politischen und Kriegsflüchtlingen ein Asylrecht einräumen, während es ‚Flüchtlinge zweiter Klasse‘ gibt, die so genannten Armutsflüchtlinge.“

„Auf hundert Deutsche kommt 2015 ein Asylbewerber. Deutschland könnte weitere Flüchtlinge aufnehmen.“

➡ 1. **Meinungsbildung:** Wie stehst du zu den einzelnen Aussagen?

➡ 2. **Perspektivenwechsel:** Fühle dich in die Situation eines Flüchtlings ein, der in Deutschland angekommen ist. Wie würde er auf die Argumente reagieren?

5 Integrations-Dilemma

In einem Nobel-Stadtteil Hamburgs sollen im ehemaligen Kreiswehrrersatzamt 200 Flüchtlinge untergebracht werden.

➡ 1. Teilt die Klasse in zwei gleichgroße Gruppen.

a) **Diskussion:** Gruppe 1: Sammelt Argumente **für** die Unterbringung der 200 Flüchtlinge.

Gruppe 2: Sammelt Argumente, warum die Flüchtlinge **nicht** in diesem Hamburger Stadtteil untergebracht werden sollten. Die Argumente müssen dabei nicht eurer tatsächlichen Überzeugung entsprechen.

b) **Positionenspiel:** Wählt aus eurer Gruppe einen Sprecher. Dieser stellt sich auf einen Stuhl in einer Ecke des Raumes, auf der diagonal gegenüberliegenden Seite steht der Sprecher der anderen Gruppe. Alle anderen stehen in der Mitte des Raumes. Nun tragen die Sprecher abwechselnd je ein Argument vor. Die Zuhörer verändern je nach Zustimmung oder Ablehnung ihren Standort. Sich auf den Sprecher zuzubewegen bedeutet Zustimmung, sich wegzubewegen Ablehnung. Reagiert wird dabei auf jedes einzelne Argument.

c) **Reflexion:** Besprecht abschließend das Erarbeitete in der Klasse anhand der Beispielfragen:

- War es schwer, Argumente zu finden?
- Was sind immer wiederkehrende Argumente?
- Wie ist es, eine Position zu verteidigen, die nicht der eigenen entspricht?

- Wie empfindet der Sprecher die Reaktionen auf seine Argumente (Hin- / bzw. Wegbewegen)?
- Welche Position ist leichter zu vertreten?

Könnt ihr euch auf eine gemeinsame Position einigen?





Weiterführende Hinweise

— Angebote aus der Bundeszentrale für politische Bildung

— Aus Politik und Zeitgeschichte

Nr. 25/2015:
Flucht und Asyl
— Bestell-Nr. 7525

Nr. 47/2013:
Europas Grenzen
— nur noch online:
www.bpb.de > [Shop](#) >
[Zeitschriften](#) > [APuZ](#) >
[Ausgaben des Jahres 2013](#) >
[APuZ 47/2013](#)

— fluter

Nr. 55: Flucht,
Bonn 2015
— Bestell-Nr. 5855

— Schriftenreihe

Band 1.554: Über das Meer.
Mit Syrern auf der Flucht
nach Europa. Eine Reportage.
Bauer, Wolfgang, Bonn 2015
— Bestell-Nr. 1554

— Themenblätter im Unterricht

— **Tipp:** Im Frühjahr 2016
soll erscheinen:
Nr. 110: Asyl in Deutschland.

Inhalt: Flüchtlingspolitik in der
Bundesrepublik, hier vor
allem aus der Sicht des Auf-
nahmelandes.

— Online-Dossiers und Themen auf www.bpb.de

www.bpb.de > [Gesellschaft](#) >
[Migration](#) > [Kurzdossiers](#)
Kurzdossiers „Zuwanderung,
Flucht und Asyl“: Artikel und
aktuelle Themen zu Migration
und Flucht, EU-Asylsystem,
Integration etc.

www.bpb.de > [Gesellschaft](#) >
[Migration](#) > [Länderprofile](#)
Länderprofile „Migration“:
34 verschiedene Profile von
Ländern mit Einwanderungs-
geschichte

www.bpb.de > [Internationales](#) >
[Weltweit](#) > [Menschenrechte](#) >
[Aktuell](#) > [Festung Europa](#)
Dossier Menschenrechte:
Überblicksartikel zur Flücht-
lingspolitik der EU

— bpb-Angebote

Bestellmöglichkeiten und
weitere Informationen zu den
Angeboten der Bundeszentrale
für politische Bildung unter:

www.bpb.de/shop

— Internetadressen

www.bamf.de
Seite des Bundesamts für
Migration und Flüchtlinge

[www.unhcr.de/recht/
internat-fluechtlingsrecht.html](http://www.unhcr.de/recht/internat-fluechtlingsrecht.html)
Internationales Flüchtlingsrecht

www.imap-migration.org
Interaktive Weltkarte (englisch)
zur Migration. Online-Plattform,
vor allem auch für den Aus-
tausch beteiligter Staaten und
Organisationen.

www.frieden-fragen.de
Interviews mit Kindern und
Jugendlichen, die nach
Deutschland geflohen sind

[www.brot-fuer-die-welt.de/
jugend-schule/brot-fuer-die-
welt-im-unterricht/zeitschrift-
global-lernen.html](http://www.brot-fuer-die-welt.de/jugend-schule/brot-fuer-die-welt-im-unterricht/zeitschrift-global-lernen.html)
Global Lernen: Flüchtlinge,
Ausgabe 1/2015 Berlin

<http://info.arte.tv/de/refugees>
Online Newsgame von Arte
und Süddeutsche Zeitung.
Vier Flüchtlingscamps:
unterschiedliche Akteure
kennenlernen und Abläufe
verstehen lernen

[http://mylifeasarefugee.org/
game.html](http://mylifeasarefugee.org/game.html)
UNHCR Serious Game
„My Life as a refugee“
(Auf deutsch: „Mein Leben als
Flüchtling“)

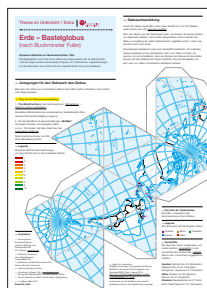
[www.bertelsmann-stiftung.de/
fileadmin/files/user_upload/
Emnid_Willkommenskultur_
2015_BST.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Emnid_Willkommenskultur_2015_BST.pdf)
Umfrage der Bertelsmann
Stiftung zur Willkommenskultur
in Deutschland

[www.bpb.de/politik/
extremismus/rechtsextremismus/
209488/eine-stimme-fuer-
fluechtlinge](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/209488/eine-stimme-fuer-fluechtlinge)

Initiativenblog der Bundeszen-
trale für politische Bildung:
Ein junges Filmteam aus Köln
dreht eine Dokumentation
über das Leben von Flücht-
lingen in Deutschland.

[www.mediendienst-
integration.de](http://www.mediendienst-integration.de)
Wesentliche Informationen
zu den Themen Asyl, Migration
und Integration

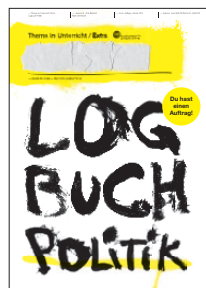
— Weitere Materialien



— **Erde – Bastelglobus**
Bastelbogen aus Pappe
im DIN-A3-Format
— Bestell-Nr. 5446



— **Kniffbox Politik**
Sammlung mit allen
„...für Einsteiger“-
Mappen
— Bestell-Nr. 5630



— **Logbuch Politik**
36 verschiedene
aktivierende
Arbeitsblätter
— Bestell-Nr. 5339



— **Thema im Unterricht**
Nadine Ritzl u.a.:
Was heißt hier
Demokratie?
— Bestell-Nr. 5399

— Aktualisierte Neuauflage! Kartenspiel „jetzt mal ehrlich 1“



Ein Spieler entscheidet sich,
wie er in der Situation auf
der Spielkarte handeln würde,
und überlegt, wie ihn die
anderen einschätzen.
Ein Spiel für Menschen-
kenner und solche, die es
werden wollen.

60 farbig illustrierte Spielkarten

— **Kartenspiel**
„jetzt mal ehrlich 1“
— Bestell-Nr. 1924 (1,50 Euro)

— **Tipp:** Im Winter 2015 erscheint „jetzt mal ehrlich 2“
(60 Ergänzungskarten)

ENDSPURT!

Jetzt bestellen:
www.bpb.de/timer

DER
TIMER
2015
-
2016

Der bpb-Notizkalender:
anregend, informativ, werbefrei
www.bpb.de/timer — www.facebook.de/bpbtimer

Fax-Bestellblatt (03 82 04) 6 62 73
E-Mail: bestellungen@shop.bpb.de

Das Bestellblatt kann auch in einem Fensterumschlag per Post verschickt werden.
Bitte ausreichend frankieren!

— **Versandbedingungen im Inland:**

Sendungen bis 1 kg sind versandkostenfrei. Bei Paketsendungen innerhalb Deutschlands entstehen dem Besteller **Versandkosten** in Höhe von 4,60 Euro pro Paket (max. 20 kg pro Paket). Großbestellungen ab 100 kg werden per Spedition ausgeliefert. Verbraucher haben ein vierzehntägiges **Widerrufsrecht**. Machen Sie von Ihrem Widerrufsrecht Gebrauch, so tragen Sie die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Medien. **Detaillierte Informationen** z.B. bei Versand ins Ausland, Speditionskosten, zu den Zahlungsbedingungen (nur Überweisung möglich), den Lieferzeiten und dem Widerrufsrecht erhalten Sie in unserem Online-Shop unter www.bpb.de/shop sowie telefonisch unter +49 (0)228-99515-0.

An den:

Publikationsversand der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Postfach 501055

18155 Rostock

Lieferanschrift

☐ Schule
☐ Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail (freiwillig): _____

Ich stimme der Speicherung meiner Bestell-Daten zu. Die bpb
versichert, dass die Angaben ausschließlich im Rahmen der Aufgaben
der Bundeszentrale für politische Bildung verarbeitet werden.

Unterschrift: _____

— **Neu! Knifffbox Politik (Papp-Tragekoffer)**



Rundumversorgung und Ideen für den Politik-
unterricht! Alle Arbeitsmappen aus der
„... für Einsteiger“-Reihe mit fertigen Arbeitsblättern
plus „Logbuch Politik“, „Methoden-Kiste“,
„Bastelglobus“, „Timer“ sowie Vorschläge zum
unmittelbaren Einsatz im Unterricht.

Knifffbox Politik

Bestell-Nr. 5630 (siehe unten)

Bitte senden Sie mir:

— **Thema im Unterricht /Extra: Arbeitsmappen**

Bestell-Nr. 5339 Ex. Logbuch Politik (2013)
Bestell-Nr. 5338 Ex. Zeitgeschichte für Einsteiger (2013)
Bestell-Nr. 5399 Ex. Was heißt hier Demokratie? (2012)
Bestell-Nr. 5630 Ex. Knifffbox Politik (neu 2015)
Bestell-Nr. 5336 Ex. Wirtschaft für Einsteiger (neu 2011)
Bestell-Nr. 5333 Ex. Gesellschaft für Einsteiger (neu 2014)
Bestell-Nr. 5332 Ex. Politik für Einsteiger (neu 2013)

— **Themenblätter im Unterricht** (siehe Seite 2)

Bestell-Nr. 5402 Ex. Zivilcourage (Nr. 108) **neu!**

Bestell-Nr. 5403 Ex. Flüchtlinge (Nr. 109) **neu!**

Bestell-Nr. _____ / Ex.

Bestell-Nr. _____ / Ex.

Bestell-Nr. _____ / Ex.

— **pocket** (1,00 Euro pro Exemplar)

Bestell-Nr. 2557 Ex. pocket recht

Bestell-Nr. 2553 Ex. pocket global

Bestell-Nr. 2551 Ex. pocket politik (4. Auflage 2011)

— **Kartenspiele** (1,50 Euro pro Exemplar)

Bestell-Nr. 1928 Ex. machtprobe

Bestell-Nr. 1927 Ex. pi mal daumen 2

Bestell-Nr. 1925 Ex. max 5

Bestell-Nr. 1924 Ex. jetzt mal ehrlich 1 **neu!**

Bestell-Nr. 1923 Ex. irre genug

Bestell-Nr. 1922 Ex. wahlzeit! warum wählen?

Bestell-Nr. 1921 Ex. früher oder später